

Stellungnahme der Herausgeber und der Herausgeberin der Reihen „Pädagogik und Politik“ und „Horizonte – Studienreihe Kritische Pädagogik“ zum Corona-Krisenmanagement

Die Herausgeberin und die Herausgeber der Reihen *Pädagogik und Politik* und *Horizonte – Studienreihe Kritische Pädagogik* kritisieren im Zusammenhang mit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise und ihrer politischen Bearbeitung, dass die Politik offensichtlich nicht gewillt ist, den Pluralismus an Wissenschaftsdisziplinen und die Diversität wissenschaftlicher Positionen für verantwortbare Entscheidungen zu nutzen. Schon der erste Lockdown wurde auf der Basis einer von der Zusammensetzung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler her äußerst schmalen Expertise begründet. Diese setzte ausdrücklich auf die Verbreitung von Angst und Panik statt auf umfassende Information und Aufklärung, wie es einer demokratischen Gesellschaft angemessen (gewesen) wäre. Eine Gefahrenanalyse, eine Analyse also, die die zu ergreifenden politischen Maßnahmen mit gesamtgesellschaftlichen, volkswirtschaftlichen Folgen hätte abgleichen können, und die die Einbeziehung einer breiten polit-ökonomischen, psychologischen, soziologischen und erziehungswissenschaftlichen Expertise vorausgesetzt hätte, wurde vom Corona-Krisenmanagement bekanntermaßen nicht durchgeführt. Abweichende wissenschaftliche Untersuchungen bzw. Analysen, selbst die von äußerst renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Virologie und Infektiologie, wurden von vornherein ausgeklammert oder gar als verschwörungstheoretische Pamphlete diffamiert. Auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Zweifel an der Gesellschaftsdiagnose der Regierung und ihren restriktiven Konsequenzen äußerten, wird seit Ausrufung der ‚Pandemie‘ massiver Druck zur Meinungsanpassung ausgeübt.

Wir finden diese Praxis inakzeptabel und einer demokratischen Gesellschaft unwürdig!

Unser der Theorietradition Kritischer Pädagogik verpflichteter Kreis wendet sich gegen die naive Wissenschaftsgläubigkeit, die gegenwärtig von Politik und Massenmedien verbreitet wird. Immer wieder ist die Rede von *der* Wissenschaft, an deren Erkenntnissen sich das politische Handeln orientiere. Tagtäglich präsentierte Zahlen sollen Objektivität einflüstern, nach dem Prinzip: Zahlen lügen nicht! Aber auch mit Zahlen kann Schindluder getrieben werden, wenn sie nicht statistisch eingeordnet und auf der Basis unterschiedlicher Modelle interpretiert werden, d. h.: Aus dem Zusammenhang gerissen und nicht in Relation zu anderen Bezugsgrößen gestellt, verlieren sie ihre Aussagekraft. In der Politik des Corona-Krisenmanagements wird suggeriert, dass durch Wissenschaft eine neutrale, objektive Grundlage für die Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse geschaffen werde. Dabei wissen wir doch, dass es *die* Wissenschaft gar nicht gibt. In jeder wissenschaftlichen Disziplin gibt es unterschiedliche wissenschaftstheoretische Positionen, unterschiedliche methodologische Modelle, verschiedene Zugänge zum jeweiligen Feld der Forschung und: eine höchst unterschiedliche Nähe bzw. Distanz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegenüber Politik und kapitalistischer Wirt-

schaft. Wissenschaft existiert nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einem gesamtgesellschaftlichen Umfeld, welches von wirtschaftlichen und politischen Interessen massiv bestimmt ist, in vielen Fällen von ihnen in Regie genommen wird. Wissenschaftliche Forschung, insbesondere diejenige auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, wird immer stärker genutzt, um privatwirtschaftliche Interessen zu bedienen.

Wissenschaft ist ein politischer Faktor, ob sie sich dessen bewusst ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Insofern unterliegen sämtliche Prozesse wissenschaftlicher Forschung dem Prinzip der Kritik, dürfen also niemals unhinterfragt übernommen werden.

Entsetzt sind wir über die Direktive der Kanzlerin, nur noch den „offiziellen Mitteilungen“ (Merkel) vertrauen (= glauben) zu dürfen. Alle jenseits der offiziellen Mitteilungen und in Kontrast zu ihnen liegenden wissenschaftlichen Untersuchungen der gegenwärtigen Krise werden damit in den Sektor der Fake-News verbannt. Diese Aussage gleicht einer Maulkorbverordnung und verpflichtet die Menschen auf Loyalität gegenüber den Kommunikés der Regierungspolitik, sie verbietet das eigene Denken. Die regierungs-offizielle Maulkorbverordnung ist diametral zur Perspektive der Mündigkeit, auf die die theoretische wie praktische Arbeit einer Kritischen Pädagogik gerichtet ist. Eine demokratische Gesellschaft baut auf Aufklärung und kritischer Bewusstseinsbildung auf. Sie darf eigenwillige Denkprozesse, auch ungedeckte Gedanken und Spekulationen, nicht verbieten, sondern muss sie als Aufforderung zur selbstkritischen Reflexion begreifen. Aufklärung und kritische Bewusstseinsbildung stellen gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten eine notwendige Kontrollinstanz gegenüber der Politik dar. Sie bieten den Menschen zugleich eine unverzichtbare Grundlage, politische Entscheidungen und Ereignisse selbst beurteilen zu können, ohne auf krude Verschwörungstheorien zurückzugreifen.

Erst auf der Basis der Einbeziehung der gesamten Breite wissenschaftlicher Disziplinen und der diversen wissenschaftlichen Zugangsweisen, und das heißt auch: abweichender/konträrer Positionen zu der von der Regierungspolitik vorgegebenen Linie, können politisch verantwortbare Entscheidungen getroffen werden. Erst im Streit und in Kontroversen der unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen kann eine tragfähige Entscheidungsgrundlage hergestellt werden. Dies schließt die Auseinandersetzung mit unbequemen, abweichenden, die Regierungspolitik der Kritik unterziehenden Positionen geradezu ein, kann sich eine Gesellschaft doch nur durch die Kritik ihrer selbst in einem emanzipativen Sinn weiterentwickeln.

Armin Bernhard, Eva Borst, Matthias Rießland